



Wer darf ankommen und bleiben?

Es geht wieder mal überall um Menschen, die scheinbar stören. Menschen, die offiziell nicht hier sein dürften, es aber trotzdem sind. Sie kochen unser Essen, pflegen unsere Grosseltern, bauen unsere Häuser. Tagsüber unverzichtbar, politisch aber am besten unsichtbar. Dass das kein Widerspruch ist, sondern längst Programm, wissen wir alle.

Derweil baut Europa fleissig Mauern, verlagert Grenzen nach aussen, beschleunigt Asylverfahren (in Richtung Ablehnung, versteht sich) und hetzt gegen «irreguläre» Migrant:innen. Im Rahmen dessen will die Schweiz z.B. mal wieder die notwendige Anwesenheitsdauer für Sans-Papiers bei Härtefallgesuchen von fünf auf zehn Jahre erhöhen. Zehn Jahre Schwebezustand. Man fragt sich: Für wen ist das eigentlich eine Lösung? Im Juni kommt die Antwort – in Form der 10-Millionen-Initiative der SVP: Eine Zahl, rund und eingängig wie ein Werbeversprechen. Als hätte man sich gefragt: Wie viele Menschen dürfen es denn sein? Es ist die zehnte Überfrem-

dungsinitiative seit den 1970ern. Man muss den Leuten zugute halten: Ausdauer haben sie. Was die Initiative nicht direkt sagt ist, wer denn willkommen ist und wer nicht, wenn es plötzlich eng werden sollte. Aber natürlich folgt man dann einer Art sozialdarwinistischen Kompass. Geld gewinnt, Not verliert. Um das Armutsbashing aber nicht allzu offen darlegen zu müssen, taucht im Rahmen der Initiative und fast überall in Europa die grosse Erzählung wieder auf: Die Fremden nehmen uns etwas weg. Die Mieten, die Biodiversität, das Stadtbild, die Cervelat. Dass die unheilsverkündenden politischen Kräfte dieselben sind, welche die letzten Jahrzehnte mitregiert haben, in denen Mieten explodierten und die Biodiversität schwand – geschenkt. Der Phantombesitz muss verteidigt werden, auch wenn ihn niemand je wirklich besass.

Alles also nur schlecht? Zum Glück ist es nie so. Und so macht bspw. Spanien plötzlich etwas Erstaunliches: Es schaut hin. 500.000 Menschen, die längst Teil der Gesellschaft sind, sollen

demnächst einen legalen Status erhalten. Nicht aus reiner Menschenliebe – obwohl auch die nicht schadet – sondern einfach, weil es richtig ist.

In diese Gemengelage hinein laden wir mit drei Texten zum Querdenken ein. Sie zeigen, dass es Alternativen gibt – wie z.B. an der Dreiländergrenze, die nicht nur trennt, sondern auch verbindet. Unsere neuste Ausgabe der trotzdem ist kein Rezeptbuch. Aber vielleicht ein Hinweis darauf, dass die Realität hartnäckiger ist als jede Abschottungspolitik – und dass Menschen, die sich wehren, das auch sein können. (cas)

**Migrationspolitik
jenseits von Abwehr**

Seiten 2-3

Über Grenzen hinweg

Seiten 4-5

**Amerikanische
Verhältnisse**

Seiten 6-7

Oje, schon wieder die SVP

Seite 8

Migration jenseits von Abwehr

Spanien will Hunderttausende Sans-Papiers legalisieren – und setzt damit einen deutlichen Kontrast zur europäischen Abschottungspolitik. Dieser Schritt verbindet ökonomischen Pragmatismus mit sozialpolitischen Überlegungen und stellt damit eine zentrale Annahme der europäischen Migrationspolitik infrage: dass Migration vor allem begrenzt werden müsse.

Europa baut seit Jahren an seiner Abschottung. Grenzen werden zunehmend nach aussen verlagert und Grenzanlagen ausgebaut. Mit der zur Jahresmitte in Kraft tretenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), mit welcher Asylverfahren künftig noch stärker an die Aussengrenzen verlagert und beschleunigt werden, erreicht diese Entwicklung einen weiteren Höhepunkt.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Entscheidung der Regierung von Pedro Sánchez, rund 500.000 Migrant:innen ohne Aufenthaltsstatus legalisieren zu wollen, bemerkenswert. Sie ist das Ergebnis einer breiten Allianz: von zivilgesellschaftlichen Organisationen über Teile der Wirtschaft bis hin zur Kirche, die eine Regularisierung aktiv gefordert hatten.

Pragmatismus statt Illusion

Der spanische Ansatz beruht auf einer einfachen Einsicht: Menschen verschwinden nicht, nur weil ihr Aufenthalt illegalisiert wird. Sie sind längst Teil der Gesellschaft. Sie arbeiten, wohnen, pflegen soziale Kontakte und tragen zum Funktionieren ganzer Branchen bei. Ihre «Illegalität» beschreibt keinen Zustand ausserhalb der Gesellschaft, sondern eine spezifische Form ihrer Einbindung: prekär, rechtlich unsicher, politisch stumm. Eine Regularisierung verändert daran weniger die Präsenz als die Perspektive. Sie macht sichtbar, was ohnehin existiert und verschiebt es in einen geregelten Rahmen. Arbeit wird formalisiert, Rechte werden einklagbar, Ausbeutung wird schwieriger.

Der Entscheid der spanischen Regierung ist also nicht primär humanitär, sondern ökonomisch begründet. Ein erheblicher Teil des spanischen Wirtschaftswachstums und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre steht im Zusammenhang mit Zuwanderung. Gleichzeitig profitiert durch die

Legalisierung auch der Fiskus: Wer legal arbeitet, bezahlt Steuern und Sozialabgaben.

Unerwünscht, aber notwendig

Ganz anders die Situation in der Schweiz. Zwar leben auch hier je nach Schätzung zwischen 80.000 und 200.000 Sans-Papiers. Doch eine (teil-)kollektive Regularisierung dieser Menschen wurde vom

«Menschen verschwinden nicht, nur weil ihr Aufenthalt illegalisiert wird.»

Bund explizit abgelehnt. Stattdessen ist hierzulande die Legalisierung die Ausnahme. Regularisierungen bleiben eine individuelle Angelegenheit, sind selten und an enge, teilweise nur schwer erfüllbare Kriterien geknüpft. Selbst «gut integrierte» Menschen haben oft kaum eine realistische Perspektive auf einen legalen Status.

Gleichzeitig verschärft sich das politische Klima für Migrant:innen weiter. In Bundesbern wurde im Herbst in den beiden Räten jeweils eine Motion angenommen, die die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für vorläufig aufgenommene Personen deutlich erschweren soll. Künftig soll eine solche Bewilligung erst nach zehn Jahren Aufenthalt möglich sein – bislang liegt diese Schwelle bei fünf Jahren. Für die Betroffenen bedeutet das, mindestens ein Jahrzehnt lang

in einem prekären Status zu leben, der unter anderem ihr Recht auf Familienzusammenführung oder ihre Reisefreiheit massiv einschränkt. Trotzdem sind weitere Verschärfungen geplant: Selbst die bereits stark eingeschränkten Reismöglichkeiten sollen nochmals weiter beschnitten werden. Parteien wie die SVP und die FDP treiben solche Massnahmen seit Jahren voran. Inzwischen finden sie jedoch zunehmend Unterstützung über das rechts-bürgerliche Lager hinaus, bis in die Mitte.

Bekanntermassen ist die Schweiz wirtschaftlich in hohem Mass auf Zuwanderung angewiesen. In zahlreichen Branchen – von der Pflege über das Baugewerbe bis zur Gastronomie – wäre der Betrieb ohne migrantische Arbeitskräfte kaum aufrechtzuerhalten. Diese Realität erzeugt den beaknnten, grundlegenden Widerspruch: Migration ist notwendig, soll politisch jedoch möglichst unsichtbar und unerwünscht bleiben.

Was eine andere Politik leisten kann

Ein anderer Umgang mit Migration bedeutet jedoch nicht zwingend, auf Regularisierung zu verzichten. Im Gegenteil: Er setzt voraus, dass Migration aktiv gestaltet wird – mit klaren Zugängen, nachvollziehbaren Regeln und realistischen Annahmen über ihre Ursachen und Wirkungen. Die spanische Politik deutet in diese Richtung. Sie verbindet arbeitsmarktliche Bedürfnisse mit rechtlichen Möglichkeiten und akzeptiert, dass «Integration» nicht erst am Ende eines Verfahrens beginnt, sondern von Anfang an.

Dass es auch in der Schweiz anders geht, zeigt ein Blick nach Genf. Mit der «Operation Papyrus» wird dort seit dem Frühjahr 2017 ein begrenzter Regularisierungsprozess umgesetzt, mehrere tausend «gut integrierte» Sans-Papiers erhielten einen legalen Aufenthaltsstatus. Mit der Festlegung von klaren, wenn auch weiterhin restriktiven Kriterien für die Regularisierung wurde eine Praxis

geschaffen, die bis heute anhält: In Genf werden jährlich mehrere hundert Sans-Papiers regularisiert. Die Folgen sind gut dokumentiert: stabilere Arbeitsverhältnisse, höhere Einkommen, bessere soziale Absicherung. Alles ohne Hinweise auf negative Effekte auf den Arbeitsmarkt. Und doch blieb dieses Beispiel eine Ausnahme. Nicht, weil es nicht funktioniert hätte, sondern weil der politische Wille dazu fehlt.

Spielräume nutzen

Auch in Basel beschäftigte die Legalisierung von Sans-Papiers die Politik zuletzt. Im Grossen Rat wurde im März 2026 eine Motion zur Stärkung der Härtefallregularisierung angenommen. Sie fordert, dass der Kanton die Regularisierung von Härtefällen «im Rahmen des geltenden Bundesrechts» aktiv vorantreibt und die Verfahren zugänglicher und transparenter ausgestaltet werden. Das ist kein grundlegender Kurswechsel, zeigt aber, dass selbst innerhalb eines restriktiven Systems politische Spielräume bestehen. Die bestehenden Instrumente lassen mehr zu, als oft behauptet wird. Die Frage ist nicht, was rechtlich möglich

ist - sondern was politisch gewollt wird.

Es soll nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass Spanien nach wie vor Teil des europäischen Grenzregimes ist und die restriktive Abschottungspolitik Europas mitträgt. Aber gerade deshalb ist die Entscheidung Spaniens, Hunderttausende Sans-Papiers zu legalisieren, bemerkenswert. Sie zeigt, dass auch innerhalb dieses Rahmens eine andere politische Gewichtung möglich ist. Eine, die nicht ausschliesslich auf Abwehr setzt, sondern die Realität anerkennt und Menschenrechte ernst nimmt. *(lin)*

Quellen

- Ferro-Luzzi, G., Refle, J.-E., Burton-Jeangros, C. & Jackson, Y. (2023). Die Regularisierung der Sans-Papiers im Kanton Genf. Social Change in Switzerland, N°36.
- SRF: Spanien gibt 500.000 Migranten Aufenthalts- und Arbeitsrecht, 28.01.2026, abrufbar unter: <https://www.srf.ch/news/international/migration-in-europa-spanien-gibt-500-000-migranten-aufenthalts-und-arbeitsrecht>

Eviva España:
manchmal gehts
dann doch auch
anders. Gut so.



Über Grenzen hinweg

Gemäss Art. 22 des Schengener Grenzkodexes dürfen Binnengrenzen unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden. Trotzdem kontrolliert Deutschland die Grenzen zur Schweiz seit Oktober 2023. Vor dem Hintergrund von immer autoritäreren und nationalistischeren Entwicklungen, will die Dreiländerdemo am 18. April Widerstand im Dreiländereck sichtbar machen. Ein Interview mit der «Aktion Bleiberecht» aus Freiburg zu aktuellen Entwicklungen, Solidarität und grenzüberschreitenden Widerstand.

Unserer Region liegt mitten in einem Grenzraum zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Welche Rolle können solche Grenzregionen für solidarische Kämpfe spielen?

Solidarische Kämpfe in der Grenzregion haben Signalcharakter. Die Menschen im Dreiländereck leben inmitten von «national» geschaffenen Barrieren. In Zeiten, die von Renationalismus und Autoritarismus geprägt sind, sind wir im Grenzraum besonders gefordert, gemeinsam eine stabile antirassistische Position zu beziehen. da vor allem mrierende Men-

gestellt haben. Im gleichen Zeitraum kam es deutschlandweit wohl zu 993 Zurückweisungen von Personen, die ein Asylgesuch gestellt haben. Die Missachtung von EU-Recht und Gerichtsurteilen ist ein deutliches Zeichen für autoritäres politisches Handeln. Seit den Grenzkontrollen ist die Gruppe #nopushback in Freiburg aktiv und hat bereits erste Grenzbeobachtungen organisiert. Es wäre sinnvoll, im Rahmen eines breiteren Netzwerkes einen stärkeren Austausch, ein gemeinsames Engagement und eine stärkere Dokumentation zu erreichen.

temberg in Betrieb genommen werden. All dies wird erhebliche Auswirkungen auf unsere solidarische Arbeit haben und zu menschenrechtlichen Herausforderungen führen.

In vielen Ländern verschiebt sich der politische Diskurs stark nach rechts. Wie erlebt ihr diese Entwicklung in euren Kontexten – und wie wirkt sie sich auf eure Arbeit aus?

Die politische Diskursverschiebung zeigt sich konkret in den Ergebnissen der Landtagswahl im März 2026 in Baden-Württemberg. Die rechtskonservative CDU und die rechtsextremistische AfD erhielten gemeinsam fast 49 Prozent der Stimmen. Auch die SPD und die Grünen sind gleichzeitig weiter nach rechts gerückt. Das hat Auswirkungen auf deren Politik und die Gesetzgebung. Für unsere Arbeit bedeutet dies, dass sich Diskussions- und Aktionsräume verkleinern. Dies wirkt sich zwar nicht unmittelbar aus, zeigt jedoch, dass unsere Forderungen ins Leere laufen und emanzipatorische Veränderungen aktuell nicht möglich sind. Damit stellt sich konkret die Frage: Wie und wo können wir Diskussions- und Aktionsräume öffnen bzw. zurückgewinnen? Mit welchen Initiativen, Projekten und Ideen sowie emanzipatorischen Forderungen können wir uns am effektivsten vernetzen. Für unsere Arbeit ist es wichtig, dass sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Gruppen gegen rechts gebildet haben. Deren politische Arbeit wirkt Tendenzen entgegen, dass Kommunen weiter nach rechts kippen und der soziale Zusammenhalt noch weiter angegriffen wird.

Wo seht ihr aktuell die grössten Schwierigkeiten für solidarische Bewegungen im Bereich Migration und Asyl?

Der Abbau von Asylverfahrens-, Gerichtsverfahrens- und Aufenthaltsrech-

«Für unsere Arbeit bedeutet der Rechtsruck, dass sich Diskussions- und Aktionsräume verkleinern.»

schen im Zentrum rassistischer Debatten stehen und ihnen immer mehr soziale, ökonomische und politische Rechte abgesprochen werden.

Wir beobachten seit einiger Zeit verstärkte Grenzkontrollen. Wie erlebt ihr die Situation an den Grenzen? Wie können wir uns dagegen organisieren?

Das im September 2024 von Deutschland angeordnete «Grenzspektakel» mit 14'000 Polizist:innen sollte die Zahl der Geflüchteten reduzieren. Geflüchtete, die einen Asylantrag stellen, dürfen jedoch gemäss dem Refoulement-Verbot nicht zurückgewiesen werden. So sah es auch das Berliner Verwaltungsgericht. Zwischen Mai und Oktober 2025 sind 372 Personen aus der Schweiz und 169 Personen aus Frankreich eingereist, die ein Asylgesuch

Welche Auswirkungen erwartet ihr im kommenden Sommer nach der Inkraftsetzung des revidierten Gesamteuropäischen Asylsystems?

Es werden Lager geschaffen, die die Bewegungsfreiheit ihrer Bewohner:innen stark einschränken. Abgelehnten Asylsuchenden soll das Verlassen der Lager teilweise über Monate hinweg verboten werden. Dies droht auch in den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen, wie es sie in Freiburg gibt. Wer das Lager verlässt, verliert sämtliche soziale Ansprüche. Soziale Leistungssenkungen bzw. Leistungsausschlüsse werden Menschen in die Obdachlosigkeit treiben. In Deutschland sollen in sechs Bundesländern EU-Asylzentren (Abschiebehaftanstalten) entstehen. Eines davon soll im Juli 2026 am Flughafen Stuttgart in Baden-Würt-

Bei der Organisation der Demo vom 18. April zeigt sich, dass Grenzen nicht nur trennen, sondern auch verbinden können. Die Dreiländerdemo ist dabei ein Ausgangspunkt für gemeinsamen Widerstand.

Wir sehen uns dort!



ten wird nach und nach durchgesetzt, indem Fake News, Lügen, Vorurteile und rassistische Ressentiments verbreitet werden. Ein Beispiel: Laut Frontex gab es 2025 rund 178'000 «irreguläre Einreisen» in die EU, während UN Tourism die Zahl der «regulären» Einreisen mit 795 Millionen angibt. Das sind 99,978 % reguläre Einreisen. Hier zeigt sich welche Diskussionen über eine behauptete irreguläre Masseneinwanderung in die EU mit welchen Inhalten und mit welchem Ziel geführt werden.

Wer sich in der solidarischen Geflüchtetenarbeit engagiert, sieht sich mit Realitäten konfrontiert, die weder an Geflüchteten noch an Unterstützer:innen spurlos vorbeigehen. Politische Erfolge bleiben aus. Das führt immer wieder zu Fluktuationen in der Gruppe. Zudem werden die zunehmenden Versuche von rechts, die solidarische Arbeit zu kriminalisieren, immer sichtbarer.

Welche Formen des Widerstands oder der Solidarität funktionieren bei euch besonders gut?

In Freiburg hat sich die punktuelle Zusammenarbeit bei Demonstrationen und Veranstaltungen etabliert. Dabei

haben die Gruppen auch immer die Gelegenheit, ihre Positionen in Beiträgen bekannt zu machen. Mit der Einführung der ausgrenzenden Bezahlkarte wurden zwei Tauschgruppen eingerichtet, die Gutscheine gegen Bargeld für Geflüchtete eintauschen. Auch der Krankenschein für Menschen ohne regulierten Aufenthaltsstatus in Freiburg ist ein Erfolg. Daneben werden Deutschkurse und Asylverfahrensberatung angeboten.

Wie könnten sich Bewegungen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz stärker austauschen und gegenseitig unterstützen?

Um einen regelmässigen Austausch zu ermöglichen, wäre es denkbar, ein gemeinsames transnationales Forum zu schaffen. Dafür ist zunächst ein funktionierendes Netzwerk erforderlich, das derzeit mit den Vorbereitungen der gemeinsamen Dreiländerdemonstration erste Konturen erhält. Um Handlungsoptionen zu erhalten, wäre ein transnationaler Leitfaden wichtig, um zu erfahren, welche unterschiedlichen Gruppen im Dreiländereck zu welchen Fragen aktiv sind und wo Beratungsstellen in Anspruch genommen und Kontakte zu poli-

tischen Gruppen aufgenommen werden können. Die politischen Veränderungen werden für uns alle eine Herausforderung sein, auf die wir als Basisgruppen reagieren sollten. Wir wünschen uns, dass sich in weiteren Diskussionen eine neue, kontinuierliche Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg entwickelt. (Is)

Amerikanische Verhältnisse

In vielen Kommentaren¹ zu den verstörenden Praktiken der US-Einwanderungsbehörde «ICE» wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die Empörung über die Bilder zwar angemessen, Europas Umgang mit illegalisierten Migrant:innen jedoch nicht weniger brutal oder tödlich seien. Der Versuch einer Synthese.

Die Bilder von maskierten Paramilitärs, die aus Autos springen und vermeintlich «undokumentierte» Menschen einzupacken, die frei drehende Gewalt, die dabei zur Anwendung kommt und die Videos von den Tötungen von Alex Pretti und Rene Good lassen einen erschauern. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Europa der Faschismus im Vormarsch ist und das Abschieben, Ausgrenzen und Sterben lassen von rassifizierten Menschen – gleich geräuschloser – weiter geht.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind mindestens 567 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Jährlich sterben hunderte auf den Fluchtrouten der EU-Ostgrenzen und den Ländern Nordafrikas. Gleichzeitig werden jedes

Jahr über 100.000 Menschen aus der EU in teilweise lebensbedrohliche Situationen ausgeschafft. Wie die «ICE» wird auch die europäische Grenzagentur Frontex massiv aufgerüstet: Die stehende Reserve soll von 10.000 auf 30.000 Einsatzkräfte erhöht, und das Budget laufend aufgestockt werden. Neben Personal und Ausrüstung fliesst das Budget wie in den USA unter anderem an Überwachungs- und Techfirmen, die Technologie zur Früherkennung und Bekämpfung von als «kriminell» imaginierten Migrant:innen liefern sollen. Ebenso kennen wir bereits seit längerem die unzähligen Berichte von gewalttätigen Grenzpolizisten in den Ländern an den EU-Aussengrenzen.

Doch Gewaltanwendung gegen «illegale» Migrant:innen wird auch in al-

len anderen Staaten Europas zunehmend als legitime Massnahme zur «Selbstverteidigung» gegen flüchtende Menschen betrachtet. Wie in den USA sickern auch in Europa alte rassistische Verschwörungstheorien vom «grossen Bevölkerungsaustausch»² in den politischen Mainstream ein. In Deutschland macht Bundeskanzler Merz abwertende Kommentare zum «Stadtbild», während völkische Positionen der AfD immer mehr Sendezeit in den öffentlichen Medien erhalten. In Frankreich will der Rassemblement National das Bodenrecht, die «Jus Soli», abschaffen. Und in der Schweiz? Hier kommt im Juni die zehnte (!) rassistische Überfremdungsinitiative seit den 1970er-Jahren zur Abstimmung.



Natürlich hegt man keinerlei Sympathie für faschistisches Gedankengut: der mittlerweile von seinem Amt enthobene Einsatzleiter der ICE, Gregory Bovino, in seiner Arbeitskleidung.

Beschleunigungsmaschine Migration

Ähnlich wie in den USA werden Migrant:innen auch in der Schweiz in der politischen Debatte instrumentalisiert, um die Implementierung autoritärer Projekte voranzutreiben. Unter dem Vorwand eines Ausnahmezustandes können dabei demokratische Mechanismen umgangen werden. Die SVP schafft mit ihren unzähligen Sondersessionen zur Asylpolitik eine Stimmung der ständigen

der AFD oder die amerikanische Regierung derzeit tun. Dafür beschreitet sie gemeinsam mit den Mitte-Parteien den bürokratischen Weg der Ausgrenzung, indem sie die Prekarisierung der Aufenthaltsstati vorantreibt. Sei das durch die Möglichkeit des Entzugs bzw. der Rückstufung von Aufenthaltstiteln oder dem Nichterteilen einer Verlängerung, durch den Datenaustausch zwischen Ämtern, der das Aufspüren von Sans-Papiers ver-

Kultur des Hin- und Herschiebens zu dominieren, was man etwa an den illegalen Kontrollen der Binnengrenzen sehen kann, die der Deutsche Innenminister nun noch ein weiteres Mal verlängern liess.

«Seit bald 3000 Jahren werden Migrant:innen in der gesellschaftlichen Debatte instrumentalisiert, um die Implementierung autoritärer Projekte voranzutreiben.»

Alarmbereitschaft. Gleichzeitig werden Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich mit hohen Kosten in der Migrationspolitik begründet, was Ressentiments verstärkt und die ewige Verliererzählung weiterschreibt. Eva von Redecker, Philosophin, argumentiert, dass die Erzählung, wonach die Migrant:innen «uns etwas weggenommen» hätten, ein zentrales Element des heutigen Faschismus darstellt. Doch in Wahrheit, so Redecker, geht es dabei nie um echte Güter, die jemandem tatsächlich weggenommen wurden. Vielmehr wird ein «Phantombesitz» konstruiert – ein scheinbares Eigentum, das als selbstverständlich dargestellt und dann vehement gegen angebliche Plünderer verteidigt wird.

Die SVP macht mit ihrer «Nachhaltigkeits-Initiative» geradezu exemplarisch vor, wie das funktioniert: Migrant:innen nehmen unsere günstigen Mieten weg, zerstören unsere Biodiversität, treiben die Preise in die Höhe, produzieren Verkehrsprobleme, zerstören unsere Kultur – als ob diese Probleme ohne Migrant:innen nicht existieren würden. Oder besser gesagt: Als hätten wir diese Probleme nicht ebenjenseits Rechten und neoliberalen Programmen der vergangenen Jahrzehnte zu verdanken, welche die SVP mitgetragen hat. Diese geht in ihren aktuellen Kampagnen zwar noch nicht so weit, dass sie offen die «Remigration» (also die faktische Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund) fordert, wie das der rechte Flügel

einfachen soll, über Deals mit Drittstaaten zur erleichterten Ausschaffung oder durch den Ausbau des Gefängnisystems, in welchem Menschen bei Verstoss gegen das Aufenthaltsgesetz bis zu 18 Monate eingesperrt werden können.

Ähnlich und trotzdem nicht gleich

Zoomt man nun nochmal auf die europäische Ebene hinaus und schaut sich an, wie der Trump-Faschismus in Europa adaptiert wird, so muss man trotz vieler Ähnlichkeiten auf der Diskurs-Ebene auch feststellen, dass sich das politische Terrain unterscheidet. Dies anzuerkennen, ist einerseits wichtig, um zu sehen, was wir eventuell auch noch verhindern können. Andererseits, um nicht die Bruchlinien zu übersehen, welche die teilweise widersprüchlichen Interessen durchziehen. Grundsätzlich ist die EU ein komplexes System, in welchem nationale und gesamt-europäische Interessen oft im harten Widerspruch stehen. So hat zwar bei den letzten Europawahlen das rechtsradikale Bündnis massiv an Einfluss gewonnen, was letztlich auch die Einigung auf das GEAS zur Folge hatte. Gleichzeitig sieht man aber gerade am GEAS, das im Juni in Kraft treten soll, dass sich zwar alle Parteien auf mehr Repression und Abschottung einigen können, die Umverteilung von Asylsuchenden von den Ankunftsstaaten zu den Aufnahmestaaten aber auch unter dem neuen Pakt nicht funktionieren wird. Ganz grundsätzlich scheint hier eine

Solidarische Netzwerke

Unsere Aufgabe ist es, diese Widersprüche zu nutzen, indem wir uns gegen die sinnlose Ausschaffung und Einsperrung von Menschen zur Wehr setzen. Indem wir auf Rechte und Ansprüche beharren und indem wir aufzeigen, dass die grosse Verliererzählung der Rechten lediglich zur Ablenkung vor der wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich dienen. Widerstand gegen Faschismus kann – wie wir in Minneapolis eindrucksvoll zu sehen bekamen – auch auf kommunaler Ebene passieren. Oder wir gehen für einmal über die Landesgrenzen hinweg: Gemeinsam mit Partner:innen aus drei Ländern können wir uns gegen das europäische Migrationsregime stellen und grenzüberschreitende Solidaritätsnetzwerke aufbauen. Eine konkrete Chance dafür bietet sich am 18. April. (mb)

- 1 Etwa der Beitrag von Sophie im SOSF-Bulletin, den Beitrag von Bafta Sarbo im Jacobin Magazin oder der Beitrag von Frontex-Experte Mathias Monroy im «Neuen Deutschland»
- 2 In den USA wird diese krude Theorie, welche die «demographische Auslöschung» der «ursprünglichen» Bevölkerung durch kinderreiche (wahlweise lateinamerikanische oder muslimische) Migrant:innen prophezeit von Stephen Miller, dem Chef der ICE vertreten.

Lesehinweise

- Serhat Karakayali (2026): <https://sozialgeschichte-online.org/2026/02/03/serhat-karakayali-zur-eskalation-der-politischen-krise-in-den-usa/>
- Eva von Redecker, Dieser Drang nach Härte (2026) <https://www.fischerverlage.de/buch/eva-von-redecker-dieser-drang-nach-haer-te-9783103977240>

«Kommende» Abstimmungen

Oje, schon wieder die SVP

In den Känguru-Chroniken fällt in einer Episode der Satz: «Wenn Daniel Brühl an Weihnachten nach Hause kommt, dann denkt seine Mutter «Oh nein, nicht schon wieder Daniel Brühl...». Ungefähr die gleiche Reaktion sollte die «10-Millionen-Initiative» der SVP in uns allen auslösen. Um dem nächsten Schwachsinn der selbsternannten Volkspartei deshalb nicht unnötig viel Beachtung zu schenken: es wird wieder wie bei der Masseneinwanderungsinitiative anno 2014. Sie ist in einer seriösen Gesamtschau völlig hirnrißig, alle ausser der SVP sind dagegen und genau deshalb wird es am 14. Juni 2026 wahnsinnig eng werden. Also: unbedingt abstimmen und ablehnen. Mehr können wir nicht machen, mehr muss aber auch nicht gesagt werden.

Eine ungleich beunruhigendere Reaktion fördert indes die sog. «Grenzschutzinitiative» zu Tage, welche wieder einmal den angeblichen «Asylmissbrauch stoppen will». Im November 2025 formell zustande gekommen, ist zwar noch unklar, wann sie zur Abstimmung kommt, doch die SVP drängt auf einen Termin im Herbst des Wahljahres 2027. Eine schreckliche Vorstellung.

Was ist das beunruhigende an der Grenzschutz-Initiative? Analog zur 10-Millionen-Initiative strebt sie ein

Höchstkontingent an, diesmal für «echte Flüchtlinge», deren Anzahl die 5000 jährlich nicht übersteigen darf. Desweiteren fordert sie umfassende Grenzkontrollen und formuliert deren notwendige Ausgestaltung, schränkt den Asylbegriff ein, versucht de facto die vorläufige Aufnahme abzuschaffen und gibt vor, über verschiedene Bestimmungen die «illegale» Migration zu bekämpfen. Ein Sammelsurium an repressiven Wunschgedanken also, mit dem übergeordneten Ziel... nun eben den «Asylmissbrauch zu stoppen! Jetzt!».

Wenn Fakten nichts mehr nützen

Bei Durchsicht des 48 Seiten starken Argumentariums zur Initiative sticht sofort die schiere Menge an Zahlen und Statistiken jeglicher Art ins Auge, die fortlaufend mit Presse-Artikeln vermengt wird, um eine Sache klar zu machen: «Der Asylmissbrauch ist real, die Folgen sind katastrophal. Die Zahlen beweisen es.» Das dargebotene Zahlenmaterial ist dabei nicht grundsätzlich falsch, allerdings wird es auch nicht so ganz richtig verwendet. Alle fünf Zeilen durchfährt einem ein «ok, aber...», gefolgt vom Verlangen, den Rotstift anzusetzen. Doch wie zielführend ist das überhaupt? Wenn uns die Trump-Administration eines gelehrt hat, dann, dass Fakten nicht mehr so richtig viel wert sind. Es geht in dieser Abstim-

mung letztlich also weniger um Fakten, und mehr um «ein diffuses Gefühl». Und genau hier wird es dann so richtig gefährlich. Denn:

Wieviele denken insgeheim wie die SVP?

Im Gegensatz zur 10-Millionen-Initiative sind die Betroffenen der Grenzschutz-Initiative letztlich ohne starke Lobby ausserhalb von ein paar NGOs. Die Wirtschaft (Economissuisse und co.) ist an dem Thema nicht interessiert. Die politischen Parteien rechts von SP und Grünen folgen wahrscheinlich dem «Gefühl in der Bevölkerung». Und selbst innerhalb von SP und Grünen wird die Sache nicht eindeutig sein.

Klar: vordergründig werden dann natürlich alle dagegen sein. Wir sind ja alles Humanist:innen. Und gegen «echte» Flüchtlinge hat niemand etwas. Aber all diese anderen...? Guck dir mal den da an...warum hat der bloss so schicke Schuhe?

Wir werden sehen, wie sehr der Kampf gegen jegliche «illegale Migration» bereits im Kern unserer Gesellschaft angekommen ist. Es droht eine Art Kulturkampf. Wie man einen solchen im Rahmen einer Abstimmung führt, ist eine wirklich schwierig zu beantwortende Frage. (cas)

Impressum

Redaktion, Layout & Lektorat
Freiplatzaktion Basel; Moritz Bachmann (mb), Moreno Casasola (cas), Linda Spähni (lin), Lea Schlunegger (ls).

500 Exemplare

Spendenkonto
Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
IBAN CH6800769016310143829

Kontakt
Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch

